

Berliner Anzünder

1/72, preis: 50 pf., Westgermanien: 60 pf.



DDR: 2 Jahre knast, linie: ernst und parteiergreifend

Die Straßen unseres Landes sind in Aufruhr! Die Universitäten voller



Bulleninnenminister Genscher

*Studenten, die nichts tun als
rebellieren und Krawall machen.
Die Kommunisten versuchen
unser Land zu zerstören.*

*Rußland bedroht uns mit seiner
Macht und die Republik ist in
Gefahr. Jawohl, Gefahr von
innen und von außen! Was wir
jetzt brauchen, ist Ruhe und
Ordnung, oder die Nation wird
nicht überleben!*

Adolf Hitler 1932

Mandel und die Bullen

Nun ist die Katze aus dem Sack. Wissenschaftssenator Stein braucht nicht mehr, wie im Falle der Holst-Berufung, 12 Gutachten anfordern, um endlich 2 schlechte und einen vorwand zu haben, Holst wegen "mangelnder wissenschaftlicher Qualifikation" ablehnen zu können. Der Hamburger Erlass und der Ministerpräsidentenbeschluss zum Berufsverbot von linken "Verfassungsfeinden" geben ihm und seinesgleichen die mög-

Es mag tausende prinzipien des marxismus geben, aber letzten endes können sie in einem satz zusammengefasst werden:

REBELLION IST BERECHTIGT!

Mao Tse-Tung

Warum?

Wieder ein neues flipperblatt? Noch eine hauspostille einer linken sekte? Ein neues kneipenblatt für Berlin-Besucher oder fürs Scheisshaus?

Jedenfalls: kein parteiblatt. Sondern etwas ähnliches wie die "gute" alte "Agit. 688".

Aber: wir wollen uns nicht damit begnügen (und vergnügen), ein pig mit einem schönen titel zu versehen. Wir werden uns bemühen aufzuzeigen, wieso ein pig ein pig ist.

Und: wir wollen uns nicht darauf beschränken zu sagen: pig muss putz. Wir werden versuchen zu beweisen, warum ein pig geschlachtet werden muss. Darum werden wir auch über die schlachtfeste in Italien, Frankreich, Lateinamerika usw. berichten - damit wir daraus lernen können.

Vor allem: wir wollen über unsere eigenen auseinandersetzungen am arbeitsplatz, in den stadtteilen, in der lehre, schule und universität berichten und eure kämpfe gegen unterdrückung und ausbeutung agitatorisch unterstützen.

Schliesslich: wir sind für das lustprinzip - wir werden uns bemühen ein blatt zu machen, das zu lesen auch vergnügen bereitet.

Wer wir sind: ein autonomes redaktionskollektiv von antiautoritären sozialisten, die sich bemühen werden, undogmatisch zu schreiben und solidarisch mit allen genossen und unterdrückten zu handeln.

Kritik, informationen, artikel, neue knast-anschriften, karikaturen, bestellungen (für genossen im knast ab 1 exemplar, sonst ab 10) usw., an: Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60 (nicht "Berliner Anzeiger" auf den umschlag schreiben, aber auf den brief!).

Verkäufer bekommen 15 pfennig pro exemplar.

lichkeit, ungeniert farbe bekennen zu können: linke und marxisten - und nur diese! - dürfen an deutschen schulen, hochschulen und universitäten nicht lehren. Nicht wegen mangelnder qualifikation - Mandel ist ein international und auch bei konservativen anerkannter wissenschaftler; Lefevres qualitäten kennen wir aus eigener anschauung aus der studentenrevolte - sondern, weil sie den herrschenden politisch nicht genehm sind. Stein: "Nach § 27 unig habe ich nicht nur die wissenschaftlichen fähigkeiten des bewerbers zu prüfen", sondern Mandel abzulehnen, weil der "das ziel verfolgt, die im grundgesetz verankerte freiheitlich-demokratische grundordnung auch mit revolutionären mitteln zu bekämpfen". (so im ablehnungsbeschluss vom 22.2.) Dass Mandel überhaupt erst eine freie und demokratische ordnung einführen will; die rätedemokratie, und diese nur mit zustimmung der mehrheit der bevölkerung (Mandel in seiner antwort an den westberliner senat), wird von jenen, die mit berufswund einreiseverbot, pressemanipulation und polizeiterror die verfassungsgrundsätze täglich brechen, als verfassungsfeindlich denunziert. Von jenen Stein z.B., dessen verbot der 3 germanistischen seminare an der FU 1971 vom verwaltungsgericht in Berlin als verfassungswidrig erklärt worden war.

ROTE EUROPA

EUROPA

RUSSIA

EUROPA

Mandel: trotzkist u. jude Valpreda: anarchist u. itaker

Mit ähnlich fadenscheinigen begründungen ist Lefevre - dem nach 2-jährigen verhandlungen die anstellung als assistent an der FU zunächst zugesagt worden war! - jetzt ebenfalls abgelehnt worden. Ein mann, der durch seine aktivitäten wesentlich zur demokratisierung der freien universität und zum berliner hochschulgesetz beigetragen hat. Diese aktivitäten werden ihm heute zum vorwurf gemacht. Stein im ablehnungsbeschluss: "Er war funktionär des (legalen, d.h. red.) Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)." Und er wurde abgelehnt, weil er in einem in-

terview im Westdeutschen Rundfunk erklärt hatte (legal), dass die studenten den arbeitern bei ihren auseinandersetzungen mit den unternehmern in der fabrik hilfestellung zu geben hätten (was auch nach der bürgerlichen verfassung der BRD nicht illegal zu sein braucht); weil er aktiv in betriebsgruppen bei Bosch und Siemens und in der PL/PI (Proletarische Linke/Partei-Initiative) gearbeitet hat (ebenfalls legal), die für die rätedemokratie eintrat (legal); weil Lefevre für eine (legale) demonstration verantwortlich und für zwei ausgaben der (legalen) betriebszeitung "Klassenkampf" mitverantwortlich zeichnete (beides legal). (Ablehnungsbeschluss vom 21.2.)

Berufsverbot u. Terror!

Die berliner "fälle" Mandel, Lefevre, Domdey und Zentralinstitut für Soziale Medizin sind keine einzelfälle. In Hamburg sind jüngst die lehrerinnen Ilse Jacob, deren vater als widerstandskämpfer von den nazis hingerichtet wurde, und Heike Gohl, deren vater nach kriegsende an der hamburg verfassung mitgewirkt hat, gegen den protest der kollegen, schüler und eltern der schüler aus politischen gründen aus dem schuldienst entlassen.



Frl. Bleibtreu: kommunist und auffragette



wen wandert es heute noch, dass der demonstrant Ohnesorg mit genickschuss erledigt werden konnte und sein mörder Kurras 2 mal freigesprochen wurde? Wenn ein zivilbulle bei der kambodja-demonstration einen kollegen und 3 demonstranten anschieszen konnte, ohne zur rechenenschaft gezogen zu werden? Wenn heute zur jagd auf linke geblasen wird und Petra Schelm, Georg von Rauch und Thomas Weissebecker auf offener strasse abgeknallt werden? Und es ist gewiss kein zufall, wenn der mörder des konstanz lehrling Martin Katschkers, Ober, nur 3 jahre knast bekam und eine zeugin

Republik Deutschland

sich unwidersprochen im gerichtssaal bei ihm dafür bedanken durfte, dass er eines dieser "tiere", die sich auf dem Blätzle-Platz herumtrieben, umgelegt zu haben. Und es ist gewiss kein Zufall, dass andererseits gegen den genossen Dieter Kunzelmann ein terrorurteil gefällt wurde: 9 Jahre Knast für einen "mordversuch", d.h. für das unbewiesene legen eines brandsatzes, dessen zünder so konstruiert war, dass er sich garnicht entzünden konnte.

Ebenso ist es sicherlich kein Zufall, dass Ende März die CSU durch ein Rundfunkgesetz den Bayerischen Rundfunk okkupierte und der SPD-senat in Berlin die berliner parteisitzungen subventioniert, gleichzeitig aber dem organ des Landesjugendrings, dem kritischen Blickpunkt die hälfte der sowiso schon knappen zuschüsse streicht. In diesen rahmen passt es gut, wenn ein erzkonservativer wie der ehemalige CDU-justizminister Benda präsident des Bundesverfassungsgerichts wird.

Schuss auf einen Autodieb

Auf einen Autodieb feuerte gestern abend ein Polizist am Zabel-Krüger-Damm in Lübars einen Schuss ab. Der 20-jährige wurde am linken Oberschenkel durch einen Streifschuss verletzt und danach festgenommen. Nach Angaben der Polizei soll er beim Diebstahl eines Wagens überrascht worden sein. 44. p. (Tupf)

Die von linken bereits in der studentenrevolte vorausgesagte faschisierung der kapitalistischen gesellschaft schreitet voran - nicht nur in der BRD. Es ist gewiss kein Zufall, dass in der Bundesrepublik ein Schröbber, der während der nazizeit als staatsanwalt sozialisten und kommunisten verfolgte und für begattelsachen hohe strafen forderte, bis vor kurzem bundesverfassungsschutz-präsident sein konnte und dass in Italien ein De Lorenzo, ehemals generalstabs- und geheimdienst-chef Italiens und verfasster eines umsturzplans nach dem Vorbild der griechischen obristen, und der admiral Birindelli, vor wenigen wochen noch Nato-befehlshaber süd, heute wahlkandidaten der neofaschistischen MSI sind.

Es ist kein Zufall, dass 1969 in einer mailänder bank eine bombe explodierte, bei der 16 menschen ums leben kamen, und dass dieser anschlag den anarchisten - mit hilfe der justiz - in die schuhe geschoben wird, trotz dem alles dafür spricht, dass es die tat von faschisten war, und dass die prozesszeugen dahintersterben, wie die zeugen des Kennedy-mordes seinerzeit. (Siehe Valpreda-artikel!) Es entspricht dem faschisierungsprozess in Westeuropa, wenn ein zettel-verteiler arbeiter vor dem Renault-werk in Paris erschossen wird. (Siehe Overney-artikel!) Wir glauben auch nicht, dass Feltrinelli in Mailand eine bombe legen wollte und dabei ums leben kam. Alles deutet darauf hin, dass er ermordet worden ist - möglicherweise vom CIA.

Den faschisierungsprozess in der BRD und in Westberlin aufzuhalten und dem justiz- und polizeiterror entsprechende mittel entgegenzusetzen, ist für linkerradikale



wie auch für linksliberale und linke christen eine frage des überlebens geworden, des gesellschaftlichen, beruflichen und physischen überlebens, nicht nur des politischen. Die "falle" Mandel und Lefevre sind ein schlag der herrschenden gegen die studenten, er muss von den studenten abgewehrt werden. Er ist ein schlag gegen die erfolge der studentenrevolte: mitbestimmung bei der auswahl der lehrer. Er ist die erste einschneidende reaktion der herrschenden auf die hochschulreform. Die hochschulreform war für die herrschenden die bananenschale, mit der diese interessanten von "ruhe und ordnung" aus von der strasse ins getto hochschule und universität zurückgelockt haben. nachdem sich diese schale als banane entpuppte: studentische basis zur unterstützung der arbeiterklasse, versucht man uns die banane wieder abzunehmen und durch abfall zu ersetzen: hochschulrahmengesetz, berufsverbot... Schmeissen wir ihnen die bananenschale zwischen die beine, damit sie darauf ausrutschen! Der "fall" Mandel ist ein testfall. An diesem testfall wird sich erweisen, ob wir stark genug sind, den angriff der reaktion - heute und morgen - zurückzuweisen. Der "fall" Mandel ist symptomatisch, beispielhaft. Diesmal haben wir bundesgenossen.

Durchkreuzen wir die interessen des senats und des rechten SPD-flügels, sich vor dem konkurrenten CDU, vor der Notgemeinschaft, vor den Springer-lesern als ordnungsbüher und kommunisten-fresser aufspielen zu können! Schluss mit den repressionen, schluss mit "ruhe und ordnung" in einer faschistoiden gesellschaft! Heraus aus dem getto hochschule! Hinein in die stadt, auf die strasse, in die kaufhäuser, verkehrsmittel und häter, in die theater, schulen und kirchen! Entfaltet Euch! Entfaltet Eure revolutionäre phantasie! Das system ist verwundbar - tag und nacht... Das system ist morsch - es wird fallen!

MANDEL UND LEFEVRE AN DIE UNI!

Straßenschlacht in Neapel zwischen Schülern und Polizei

26 Beamte und acht Demonstranten wurden verletzt

Die Oberschüler protestierten gegen die Festnahme von zwei Mitschülern, die beschuldigt werden, in der vergangenen Woche einen Bombenanschlag auf ein Büro der Neapolitanen verübt zu haben. In Rom wurde gestern das Ergebnis einer Abstimmung bekanntgegeben. Die Oberschüler haben die Meinungssage veröffentlicht. Danach hat rund ein Viertel der 37,5 Stimmberechtigten, die im Mai ein neues Parlament zu wählen haben, seit der letzten Abstimmung im Jahre 1969 die politischen Fronten gewechselt.



Mein Onkel war ein gewaltloser Dompteur...

„Sie hat mir mal Strolch genannt“

Vor einem Jugendrichtungsgericht gab ein 20-jähriger Angeklagter gestern zu, daß er sich im vergangenen Jahr durch fingierte Bestellungen an einer Hausgenossin habe täuschen wollen. Der Grund: „Sie hat mir mal Strolch genannt, und das ärgert mir noch heute.“

Die nach seinen Angaben 60 Jahre alte Frau war zunächst - für sie völlig überraschend - vom Vertreter eines Buchverlages besucht worden, der zur Legitimation eine mit ihrem Namen unterzeichnete Werbeantwortkarte vorwies. Und einige Zeit später baten zwei weitere Firmen um Bestätigung der Aufträge, die auf zwei Jahresabonnements von Zeitschriften sowie auf Lieferung einer sechsstelligen Büroeinrichtung lauten.

KRIPPERLE
wein
bilder musik

berlin schönberg
barbarossastr. 39
1930 - 0100

Verfassung oder Kapital?

Ernest Mandel antwortet dem Westberliner Senat

1. Der Beschluß des Westberliner Senats, meine Berufung an die Freie Universität auf Grund meiner Zugehörigkeit zur IV. Internationale zu verweigern, beinhaltet eine deutliche Abkehr der Westberliner SPD-Führung von den Prinzipien des Rechtsstaates. Denn diese Prinzipien behaupten, daß niemand diskriminiert werden kann, wenn er sich nicht als Person eines Verbrechens oder Verbrechen schuldig gemacht hat. Kollektive Diskriminierungsmaßnahmen gegen Mitglieder von irgendwelchen weltanschaulichen, religiösen oder rassistischen Minderheiten haben den Rechtsstaat zu Gunsten einer sich auf die Staatsräson berufenden Willkür ab. Man hängt mit sogenannten linksradikalen Minderheiten an, dann kommen diejenigen mit der jüdischen Großmutter, dann gehts gegen Streikbrecher oder Preschetter überhaupt, und es endet schließlich bei all denjenigen, die dem örtlichen Satrap irgendwie unangenehm sind. Soweit sind wir jedoch glücklicherweise noch nicht, aber die ersten Schritte in dieser Richtung werden getan. Eine Hexenjagd macarthystischer Natur hängt an. Sie kann nur weitergeführt werden, wenn eine Armee von Spitzeln und Denunzianten über die Linke berfällt, um die Zugehörigkeit zu einer Organisation auch in jenen Fällen zu "beweisen", wozu nicht "eingestanden" wird. Das ganze öffentliche Leben kann durch solche Praktiken nur vergiftet werden.

2. Mir ist kein Beschluß des Verfassungsgerichts bekannt, der die IV. Internationale in der BRD für verfassungswidrig erklärt. Somit erlaubt sich hier die Exekutive, etwaigen Richterbeschlüssen vorzugreifen und sie gleichzeitig dadurch schwerstens zu beeinflussen.

3. Die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der IV. Internationale wird auf ihre Absicht zurückgeführt, die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" stützen zu wollen. Das ist eine plumpe Fälschung. In keinem programmatischen Dokument der IV. Internationale ist von einem Kampf gegen irgendeine "freiheitlich-demokratische Grundordnung" die Rede; der Westberliner Senat wird diesbezüglich nicht eine einzige Zeile zitieren können. Diese ganze Argumentation hat nur dann Sinn, wenn für den Senat "freiheitlich-demokratische Grundordnung" und kapitalistische Ausbeutung synonym sind. Diese Ausbeutung wollen wir allerdings stürzen, genauso wie wir die Abschaffung jeglicher Form gesellschaftlicher Ungleichheit, Unterdrückung und Ungerechtigkeit durch den Aufbau einer klassen- und gewaltlosen Gesellschaft erreichen wollen. Es wäre interessant zu erfahren, ob nach Ansicht des Westberliner Senats der Kampf für den Sturz des Kapitalismus für verfassungswidrig erklärt werden soll. Sollte dies zutreffen, so müßte der Senat ein Verfahren für die Auflösung des DGB anstreben, dessen Münchener Grundsatzklärung die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum fordert, was dem Kapitalismus tatsächlich ein Ende bereiten würde.

4. Ein anderes Argument für die Verfassungsfeindlichkeit der IV. Internationale ist für den Senat ihr Eintreten für eine Räterepublik. Der Senat, der sich so um Kenntnisse der Statuten der IV. Internationale bemüht hat, sollte sich doch etwas eingehender mit ihren programmatischen Texten beschäftigen. Er würde dann nämlich dort entdecken, daß nach unserer Auffassung, eine

Räterepublik nur mit der aktiven Unterstützung der großen Mehrheit der Lohnabhängigen möglich ist, d.h. in der BRD mit der absoluten Mehrheit der Bevölkerung. Der Senat würde weiter entdecken, daß wir ein Mehrparteiensystem mit politischen Oppositionen, mit breiter Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit vorsehen als heute, weil diese Grundrechte nicht nur allen schaffenden Menschen gewährt werden sollen, sondern sie auch die materiellen Mittel zu ihrer praktischen Ausübung enthalten müssen. Daraus ergibt sich nun eine interessante Fragestellung über die "freiheitlich-demokratische Grundordnung", die der Senat gegen die IV. Internationale zu verteidigen vorgibt. Denn die Verfassung der BRD gewährt die Grundrechte ebenfalls, wenigstens formal, schließt aber gleichzeitig nach der Interpretation des Westberliner Senats die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Was geschieht nun, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich in Ausübung ihrer Grundrechte für die Aufhebung dieser Gesellschaftsordnung ausspricht? Ist das genau der Fall, den wir anstreben. Sollen in diesem Fall dann die politischen Grundrechte auf dem Altar des goldenen Kalbes, das das goldene Kalb auf dem Altar der politischen Grundrechte geopfert werden? Der Senat hat sich offensichtlich für das goldene Kalb entschieden, wenn er sich mit einer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" vorwirft. Unter der Definition der Verfassungswidrigkeit durch den Senat würden nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels, August Bebel, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fallen, sondern vor 1923 sogar Karl Kautsky, Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid. All diese führenden Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung befürwortenden revolutionären Sturz des Kapitalismus und die Einführung einer Staatsform wie jener der Pariser Commune, d.h. einer demokratischen Räterepublik, wie sie die IV. Internationale heute anstrebt.

5. Der Westberliner Senat hat sich ausländische Kronzeugen gesucht. Er will die "amateuristischen Untriebe von Ernest Mandel" mit der Tatsache beweisen, daß dieser aus den USA, Frankreich und der Schweiz ausgewiesen worden ist. Was der Senat allerdings nicht hinzufügt ist, daß 350 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Schweiz, darunter nahezu 15 sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete (Nationalräte) sowie zahlreiche Gewerkschaftsführer gegen den Ausweisungsbefehl eines während des Krieges als notorischen Antisemiten bekannten Polizeiministers protestierten; daß das Bundesgericht der USA (Federal Court) den Ausweisungsbefehl als verfassungswidrig erklärte (gegenwärtig läuft dagegen eine Klage der US-Regierung vor dem obersten Gericht der USA) und daß zahlreiche bekannte Hochschullehrer wie Prof. Wassili Loutief und Prof. Gallraich, zahlreiche Zeitungen wie die New York Times und die Washington Post gegen diese Ausweisung protestierten. Dasselbe gilt noch in viel größerem Maße für die Ausweisung in Frankreich. Das Ungeheuerliche an diesem fälschlich hervorbehalten, meine Ausweisung aus diesen Ländern sei nicht wegen irgendwelcher strafbaren Handlungen, sondern wegen "Agitations- und Schulungstätigkeit" erfolgt, d.h. wegen der Ausübung elementarster Rechte wie Redefreiheit.

6. Damit ist dieser Beschluß nicht nur eine Schande, sondern er ist darüber hinaus eine politische Dummheit ohne gleichen. Er ist ein Zugeschloß der SPD an die ununterbrochene Hetze der Rechten in der BRD gegen die Präsenz von Marxisten im Ausbildungssektor. Aber die demokratischen Grundrechte können nicht zu 75 oder zu 66% "gesichert" werden; man sichert sie integral oder aber die fangen an abzubrechen. Wenn SPDler dies selbst sogar beschleunigen, vergessen sie auf leichtfertige und verbrecherische Weise die Lehre der Geschichte! Denn niemand weiß, wer diesen Prozeß eines Tages an Ende führen wird. Muß ich den Westberliner Senat daran erinnern, daß sämtliche sozialdemokratischen Organisationen und Zeitungen im J. Reich schon einmal als "marxistisch" verboten wurden? Wenn nicht alle Organisationen der Arbeiterbewegung zusammenhalten, um die demokratischen Grundrechte insgesamt zu garantieren, dann kann das Großkapital und seine Schergen auf die Salami-Taktik anwenden und sie isoliert und nacheinander verschlingen. Daß zumindest die französischen Sozialdemokraten besser als ihre westdeutschen Kollegen verstanden, denn sie setzten sich in letzter Zeit sehr aktiv für die Verteidigung sämtlicher Grundrechte für unsere französischen Genossen der Ligue Communiste ein.

7. Wir erwarten mit Neugierde die Stellungnahme der Nögemelnschaft. Denn hier liegt doch ein eindeutiger Fall vor, wodie Freiheit von Lehre und Forschung beeinträchtigt wird. Sollte die Nögemelnschaft den Beschluß des Westberliner Senats nicht anstreben, dann wird sie sich endgültig als Befürworterin nicht der Freiheit der Lehre, sondern des Lehrmonopols nur für eine Geistesströmung, d.h. als Befürworterin der Unduldsamkeit erklären.

8. Worum es sich in Wirklichkeit handelt, ist die rigide Verhinderung jeglichen Marxismus-Studiums an den Hochschulen überhaupt, das von Marxisten selbst getragen wird. Zunächst hieß es, es gebe keine wissenschaftlich kompetenten Marxisten. Nachdem mir jedoch Senator Stein die Kompetenz ausdrücklich bestätigt hat, heißt es nun, politisch-aktive Marxisten können nicht berufen werden. Da aber die politische Praxis integraler Bestandteil des Marxismus ist, wird dadurch jegliche Berufung wirklicher Marxisten unterbunden. Letztlich beweist der Westberliner Senat damit, daß er Gegner einer wirklich pluralistischen Hochschule ist. Er stellt sich damit zugleich ein minderwertiges Zeugnis aus, weil diese Gegnerschaft nur aus der Furcht vor einer geistigen Auseinandersetzung entstehen kann. Daß ich an der Freien Universität weder Bomben schmelzen noch Maschinengewehre aufstellen will, ist selbstredend. Es geht ausschließlich darum, den zahlreichen sozialistischen Studenten die Gelegenheit zu geben, im Rahmen ihres Universitätsstudiums einen Unterricht zu ermöglichen, der ihren Bedürfnissen entspricht und gleichzeitig Marxisten und Nichtmarxisten in die Lage zu versetzen, ihre Ansichten bezüglich der wissenschaftlichen Analyse und theoretischen Erfassung der Ökonomie einer Gesellschaft miteinander zu konfrontieren. Mir kommt eine solche Konfrontation nur gelegen, denn der Marxismus gedeiht in einer Atmosphäre ständiger, scharfer, wissenschaftlicher Kritik am besten. Daß der Berliner Senat sich fürchtet, spricht Bände über die fehlende Zuversicht zu seinen eigenen Ideen und die ihm fehlende Bereitschaft, seine eublen Elemente von Selbstverwaltung an der Universität praktizieren zu lassen.

Durch diesen Versuch der Restauration der autoritären Hochschule werden ständige Unruhen offen und rassistisch provoziert.

Todfeind – für wen?

Der Fall Ernest Mandel: Bürokraten spielen sich in die Hände

Welt der Arbeit, 24.3.72 (DGB)

Man reiste in einem plombierten Waggon durch Deutschland. Trotzki land, auf der Flucht vor Stalin, noch kurzen Unterschlupf in Berlin. Aber der Nachfahr beider, der belgische Professor Ernest Mandel, darf den Boden der Bundesrepublik nicht betreten. Ist er gefährlicher als Lenin, als Trotzki? Wer den Brüsseler Marxisten erlebte, wie er vor einer Podiumsdiskussion mit Studenten den gutbürgerlichen Anzug noch schnell gegen einen roten Pulllover mit Cordhose wechselte, wird in ihm kaum einen bedrohlichen Staatsfeind erkennen können.

Bundesinnenminister Genscher steht das alles freilich ganz anders. Gemeinsam mit seinen Länderkollegen bietet er alle Mittel der Staatsgewalt auf, um dem einsamen Umstürzler Mandel die Einreise zu verwehren, ein Anblick, der die Grenzen der Lächerlichkeit streift. Selbst die katholische Zeitung „Le Peuple“ amüsiert sich in Brüssel:

„Wie kommt es eigentlich, daß Belgien noch steht?“

Nun, Belgien steht noch, obwohl der Mandel mit seiner Handvoll Trotzkiisten früher an jedem Streik in der Borinage teilnahm und sich dabei vor allem der Verfolgung der Kommunisten erwehren mußte. Frankreich steht auch noch, obwohl Mandel bei den Malunruhen 1908 nach Paris eilte, um dort vergeblich in das Rad der Geschichte zu greifen. Selbster beschränkt sich der belgische Professor, dessen wissenschaftlicher Rang außer Frage steht, auf die theoretische Erkundung eines dritten Weges zum Sozialismus.

Die „Vierte Internationale“ der Trotzkiisten, deren Sekretär er ist, möchte zwar eine Weltbewegung sein, bleibt aber dennoch ein Sekulärer Klub kluger Köpfe im Zustand dauernder ideologischer Zersplitterung. Sie lebt vornehmlich von unversöhnlichen Haß ihrer Gegner. Welches aber sind diese Gegner? Man muß nur in den Dokumenten der Stalinschen Terrorwelt von 1938

nachblättern, muß die kommunistischen Schauprozesse der Nachkriegszeit studieren, braucht auch heute nur irgendeine der östlichen Partei-Zeitungen aufzuschlagen, um den Trozkiismus als den eigentlichen Todfeind (neben dem Sozialdemokratismus) angeprangert zu finden.

Wem nützt es also, daß Mandel nun an der Freien Universität in Berlin nicht lehren darf? Es nützt vor allem den kommunistischen Bürokraten auf der anderen Seite, die den Windhauch eines neuen sozialistischen Gedankens ebenso fürchten wie die Pest. Es nützt sicher nicht der Freien Universität, die nun im Sommersemester neuen inneren Belastungsproben entgegengeht und auf die Mitarbeit eines Mannes verzichten muß, der das Talent und die Autorität besitzt, studentisches Ungeköm in die Bahnen einer zukunftsreichen wissenschaftlichen Diskussion zu lenken. Wieder einmal triumphiert bürokratische Engherzigkeit. Ein Fehler? Mehr noch: Eine Dummheit.

F. E.



Hier soll ein Beispiel statthalt werden, für das man einen Trotzkiisten ausgewählt hat. Die „Schlauberger“ vom Innenamt wissen natürlich ganz genau, daß Mandels konvergierende, antisozialistische „Theorie“ nicht die Spur einer Gefahr für das spätkapitalistische System bedeutet. Da ihnen aber Solidarisierung als Antwort auf ihre reaktionäre Politik unvermeidlich erscheint, ist ihnen Solidarisierung mit dem Vertreter einer „Lehre“, die nirgendwo die Welt verändert hat noch sie verändern wird, lieber als Solida-

risierung etwa mit Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus.

Solidarität wird gegeben, aber nicht wegen eines Professors, dessen Antikommunismus sich von dem der Herrschenden im wesentlichen dadurch unterscheidet, daß er seine Feindschaft gegen die Sowjetunion und den existenten Sozialismus pseudolinks und pseudowissenschaftlich verschleierte, sondern Solidarität im Kampf gegen das reaktionäre, auf die Interessen des Großkapitals abgestimmte Bildungssystem und seine Vertreter in den Parteien.

Die „Baader-Meinhof-Bande“ sind wir!

THESEN ZUR STRATEGIE DER PRESSE IN DER KITA-KAMPAGNE GEGEN DIE BAADER-MEINHOF-GRUPPE / Komitee „Solidarität mit Peter Brückner“

Seit 2 Jahren wird in der BRD unter sozialliberalem Patronat eine systematische Pogromhetze gegen ein Phantom entfacht: die Baader-Meinhof-Gruppe. Eine entscheidende Rolle beim Vorbereiten und Organisieren der kollektiven Hetze kommt dabei naturgemäß den Massenmedien zu. Es genügt, sich einmal etwas genauer anzuschauen, in welcher Weise die Zeitungen – und nicht etwa die des Springer-Konzerns allein – in den letzten Tagen den Ruhland-Prozess und die in diesem Prozess produzierten phantastischen Verdächtigungen, Gerüchte und Behauptungen rezipiert und kommentiert haben, um umso mehr die Strategie der Massenmedien in ihrer neuen Funktion als verlängerter Arm der Exekutive bestimmen zu können.

1.) Zunächst einmal wird die Baader-Meinhof-Gruppe als ein Ensemble beschrieben, in dem die vielfältigsten Erscheinungsformen des Abnormen und Schmutzigen: Kriminalität, sexuelle Auswülfungen, Alkohollismus und Rauschgiftkonsum sich in abwechselnder Weise zu einem Konglomerat des Bösen verbunden haben. Daß es sich hier schlichtweg um einen Haufen Verbrecher handle, nicht etwa um eine politische Organisation, mit deren politischen Zielen eine inhaltliche Auseinandersetzung erforderlich sein könnte, möchte die FAZ via Sprachregelung in voraus dekretieren. Dieses seriöse Blatt schlägt – stellvertretend für andere – ausdrücklich vor, die Leute um Baader und Meinhof als eine „Bande“ zu bezeichnen, als eine „kriminelle Vereinigung“, die „den verhassten, sogar beschönigenden Titel einer ‚Gruppe‘ ganz offenkundig nicht mehr verdient.“ (FAZ, 23.1.72)

Daß solches Gengstertum auch in den sexuellen Verhaltensweisen sich niederschlagen muß, versteht sich; die Erinnerung an andere „Polit-Gangster“ drängt sich auf, die, die 1967 sich Kommune nannten, und darauf spielt denn auch die Schlagzeile der HAMBURGER MORGENPOST vom letzten Donnerstag an: „Die Chefin war für alle da“ heißt es dort, und: „Ist Bett macht Ulrike Meinhof ihren Mannern Mut.“ Die beiden Photos darunter, eines von Ulrike, eines von Peter Brückner nachdenklich, daß auch der Professor irgendwie in die Vögel verwickelt gewesen sein muß, was bei einem, der sich mit Psychoanalyse beschäftigt und Bücher über „Schülerliebe“ schreibt, ja auch kaum Überrascht.

Dann natürlich der Alkohol: bis zum Erbrechen werden in allen Berichten Nistküchen wiedergekaut, wie Komplize Janssen im Suff einen Unfall gehabt haben soll und wie Ruhland selbst nach dem Einbruch in – soll man es glauben? – ein Rathaus eine Flasche Weinbrand ausgetrunken hat – zur Hälfte, fast ganz oder ganz, je nach der Seriosität der Zeitung.

Der Genialität der WELT-Redakteure freilich bleibt es vorbehalten, auch noch aus dem Rauschgift-Motiv etwas für die Baader-Meinhof-Kampagne herauszuschlagen, indem in einem ganz anderen Kontext, den Bericht über angebliche Banküberfälle, geschickt das Ruhland-Wort hineingeordnet wird, haschisch rege an. Dann kann die Skrupellosigkeit der Bande freilich nicht mehr überraschen: Lehrer, Ärzte und Pfarrer haben's ja immer gesagt.

Diese Beispiele mögen komisch klingen – zur Heizerzeit besteht jedoch kein Anlaß, zu hinterfragen, die Zwecke, die die Inszenierung dieses Spuks verfolgt. Hier wird systematisch an jene unterdrückten Bedürfnisse der Massen appelliert, die unter den repressiven Bedingungen der autoritären Gesellschaft zur Befriedigung nie zugelassen werden dürfen, aber gleichwohl existieren, hier wird systematisch ein Klasse kollektiver Geißel – Substitut für das Interesse selber – produziert und gleichzeitig die Reproduktion der Verdrängung ermöglicht, das Ableiten des freigesetzten Bedürfnis-Potentials in Aggressivität. Die soziale Integration der „guten Bürger“ und dieses imaginäre Kollektiv kennt in der Tat keine Klassengrenzen mehr, umfaßt Proletariat und „Mittelschichten“ gleichermaßen – soll dadurch hergestellt werden, daß der Inhalt der eigenen, freilich immer schon verdrängten und entstellten Bedürfnisse auf eine Minorität projiziert wird, auf die dann – faschistoide Verzerrung von Solidarität – der ganze Haß gemeinsam sich entladen kann, der eigentlich jenen gilt, die die Verlängerung des Verichts auf freie Bedürfnisentfaltung zu einem Zeitpunkt erzwingen, wo sie historisch längst möglich wäre. Die Strategie der Massenmedien besteht in diesem Zusammenhang also einfach darin, solche Minoritäten, solche out-groups – und da ist die Baader-Meinhof-Gruppe – als mögliche Objekte von Projektion und Aggression zu produzieren. Sollte diese Rechnung aufgehen, sollte es der Presse wirklich gelingen, die solchermaßen disponibel gemachte Öffentlichkeit – und mit „Öffentlichkeit“ ist unter Spökitalismus nicht mehr gemeint als eben jenes imaginäre Kollektiv der „guten Bürger“ – zum kollektiven Kettenschlag umzufunktionieren, der für beliebige administrative Zwecke funktionsfähig werden kann, dann hätten die Sorgen jenes Kommentators der HAZ ein Ende, der da klagt: „Wären die Bundesbürger wirklich ein einzig Volk von Jägern, die seit Jahren gelegten Wären wären längst zur Strecke gebracht.“

2.) Mobilisiert werden soll aber auch das bei den Massen vermutete Ressentiment gegen die intellektuellen. Darauf zielt etwa die WELT, wenn sie die Baader-Meinhof-Gruppe als „intellektuelle und politische Schickaria“, ihre angeblichen Helfer als „Sympathisanten-Intelligenzia“ diffamiert. Zum Mittel, diese Ressentiments wirksam werden zu lassen, wird der Presse die Figur des Karl-Heinz Ruhland, Ruhland, laut HAMBURGER MORGENPOST „nur ein kleiner Mann mit Rotschopf“, eher unpolitisch, „friedlich-freundlich“ (FRANKFURTER RUNDschau), ein bisschen naiv wohl, aber dann doch humorig und gewitzt und überhaupt, wie das HAMBURGER ABENDBLATT herausstellt, ein „vaschechter Berliner“, er ist selbst in Grunde ein Opfer, „offensichtlich an einer dieser nützlichen Idioten, deren sich die rote Intelligenzia bediente, um ihre Pläne ausführen zu können.“ (HAMBURGER ABENDBLATT)

Dieser Ruhland, dieser kleine Autoschlösser ist der Handwerker, der für die theoretisierenden Herrenschmücken die Druckarbeit machen muß. In dieser Rolle wird er der Masse der sogenannten „kleinen Leute“ als Identifikationsobjekt präsentiert. Suggestiert wird – und das soll gar nicht an erster Stelle die Baader-Meinhof-Gruppe treffen, sondern die Analyse sozialistischer Politik überhaupt – daß das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis, unter dessen Herrschaft der, der körperlich arbeiten muß, Tag für Tag am eigenen Leib erfährt, daß er der Dumme ist, in den Organisationen der Linken potenziert wiederkehrt. Jeder Proletarier soll sich als potentieller Opfer jener bürgerlichen Intellektuellen begreifen lernen, die in seinem Namen zu sprechen nur behaupten.

Das erschreckendste Beispiel dafür, wie das Unbehagen der Massen der Theorie gegenüber instrumentalisiert werden soll, liefert vielleicht das HAMBURGER ABENDBLATT. Daß Ruhland letzten Endes auf der rechten Seite steht, nur halt verführt worden ist, wird dort schon aus der Tatsache abgeleitet, daß er Schwierigkeiten mit der deutschen Grammatik hat. Vermutete Scheiße soll so zur Erkennungsmarke nicht intellektuell ersetzter Zuverlässigkeit.

Die Strategie der Presse zielt darüberhinaus darauf, das antitheoretische Ressentiment mit den gegen die feinen Leute, die honorigen Kreise etc. zu verbinden. Dabei werden existierende Momente eines freilich latenten Klassenbewußtseins der Arbeiter, das berechtigte Gefühl „derer da unten“, von der bürgerlichen Klasse beschissen zu werden, aufgegriffen und perfid in ihr Gegenteil verkehrt. Gerade

in denen sollen die Massen den wahren „Klassenfeind“ sehen, die sich am nachdrücklichsten für ihre Emanzipation eingesetzt haben. Sie gilt es in Band mit der geballten Macht von Staat und Polizei zu verfolgen. James Photo im HAMBURGER ABENDBLATT, das vorn ebenso fröhlich wie effizient wirkende Bullen und im Hintergrund strahlende Mitarbeiter mit ihren schmecken Helmen zeigt, dokumentiert imperativisch die Einheit der Interessen von Proletariat und Staatsgewalt.

3.) Das so aufbereitete psychische Material wird nun von der Presse benutzt, um auswendig von dem Anlaß, den die Existenz der Baader-Meinhof-Gruppe gibt, die Hetze auf jene zu organisieren, die es wirklich zu treffen gilt. Das sind zunächst einmal jene von Ruhland belasteten, als „direkte Helfershelfer“ apostrophierten einzelnen Personen, die dann freilich mit dem immer wiederkehrenden Verweis auf ihre soziale Position nur als die momentan bekannten Exponenten bestimmter Gruppen der Bevölkerung verstanden werden. Prägnant faßt die als liberal sich verstehende SZ in einer Balkenbeschriftung zusammen: „Angeblliche Bandfiguren: Vom Professor zum Priester, vom Journalisten zum Ingenieur“. Suggestiert wird hiermit, daß in diesem Prozess der Falsche auf der Anklagebank sitzt, daß vielmehr jene die wirklichen Hauptfiguren sind, die unter dem Etikett der „gutmütigen“ oder „honorigen Kreise“ zusammengefaßt werden. Hauptfiguren sind sie allerdings eben nicht als Individuen, auch nicht wirklich als Repräsentanten einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht – das Stereotyp der „gutmütigen Kreise“ hat lediglich propagandistischen Sinn, dient nur dazu, existierende Ressentiments in den Massen aufzugreifen – sondern als Repräsentanten einer bestimmten politischen Theorie. Es ist die ganze politische Linke der BRD, die hier zum Objekt der breit angelegten Hetzkampagne der Massenmedien wird. Dies enthalten schon beifällige Formulierungen, Andeutungen und Analogien: so die Verwendung des Schreckensnamen Lenin in fast allen Zeitungsberichten, die Erwähnung Berlins als „ideologisches Zentrum“ der Baader-Meinhof-Gruppe in Springers WELT, wobei vermittels der Reminiszenzen an die Rolle Berlins in der Studentenbewegung unschwer die Verbindung zur gesamten Linken sich herstellt, der Hinweis, daß die Konfrontation Brückners mit Ruhland just an dem Tag stattfinden werde, an dem – laut DKP-Kalender – vor 54 Jahren die Rote Armee gegründet wurde. In denselben Blatt wird Brückner unterstellt, sich öffentlich über „Vorzüge des politischen Systems der ‚DDR‘“ geäußert zu haben, was namentlich mit dem Hinweis verbunden wird, daß er aus Dresden stamme und dort einen Teil der Entwicklung der gegenwärtigen „DDR“ miterlebt habe, „wie er in die BRD kam“.

Diese Äußerungen gewinnen ihre suggestive Kraft dadurch, daß sie auf immer schon vorhandene, sedimentierte Vorurteile sich beziehen können. Sie knüpfen an der praktisch ungebrochenen Kontinuität einer Vorurteilsstruktur an, die sich für Deutschland historisch über die Bolschewikenfurcht nach dem 1. Weltkrieg, den Antisemitismus in der Zeit des Faschismus und den Antikommunismus der fünfziger Jahre hergestellt hat. Auf dem gut vorbereiteten Boden solcher Akzeptanzstrukturen läßt sich der Zirkel der projektiven Opfer leicht erweitern: durch faden-scheinig konstruierte Beziehungen zu den verdächtigten Prominenten gerät alles in die Schublade, was unbekannt ist – so die Universität Bremen, zu deren Berufungskommission Brückner gehören soll, der liberale Sender Radio Bremen, dessen Regie-assistent G. von einem mit der Baader-Meinhof-Gruppe in Verbindung gebracht wird, das Modell der antiautoritären Kinderläden, indem man Monika Seifert zur Komplizin Ulrike Meinhofs abstempelt usw.

Offenbar wird die Tendenz zur Liquidation der Linken überhaupt in einem Kommentar von Herbert Kresp, dem Chefredakteur der WELT, zunächst warnt er davor, es von Intellektuellen, „politisierenden Soziologen“ usw. sich ausreden zu lassen, daß es bei der Baader-Meinhof-Gruppe um Kriminalität sich handle. Weiter heißt es, daß „zwischen der Baader-Meinhof-Gruppe und den vermuteten Helferkreisen eine geistige und gesinnungsmäßige Verwandtschaft“ bestehe, woraus der Schluß gezogen wird, daß die eigentliche Gefahr nicht die Gruppe selber, sondern der „billende Schreibhelfer“, der sozialistische Theoretiker ist: „Wir haben es primär nicht mit Kriminalität zu tun, sondern mit etwas ungleich Gefährlicherem: mit einer extremistischen Ideologie, die unter Umständen jede verbrecherische Handlung zu rechtfertigen vermag, zu legitimieren bereit ist.“

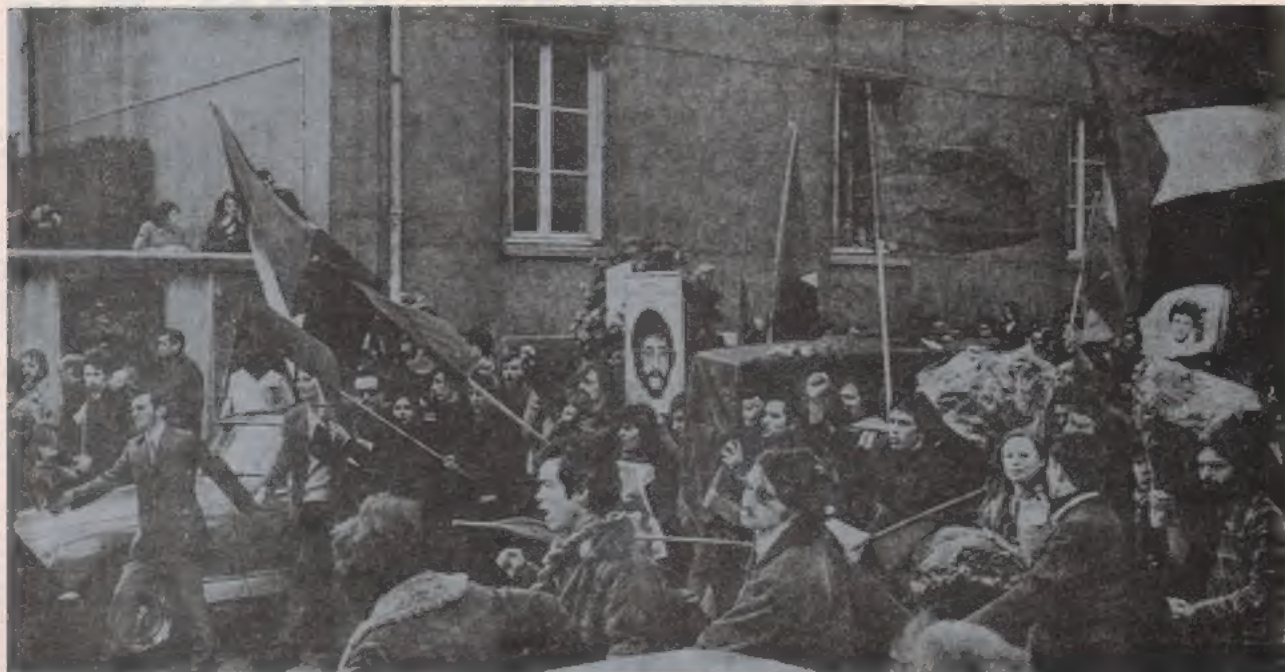
4.) Sich durchhaltendes Moment aller Presseberichterstattung ist die Darstellung des Ruhland-Prozesses als Schauprozess. Zwar ist Ruhland offiziell der Angeklagte, in Wirklichkeit aber fungiert er als Kronzeuge in einem ganz anderen Prozess: gegen die Baader-Meinhof-Gruppe, ihre Helfer, gegen die gesamte kritische Intelligenz. Genauso, nämlich als bekannst zu behandelnder Zeuge der Anklage, wird er dann auch von der Presse eingestuft. Die eigentlich kriminellen Vergehen Ruhlands, der laut HAMBURGER MORGENPOST „ein durch und durch freundlicher Zeitgenosse“ ist, und der es so naiv-unschuldig versteht, „einen Gerichtssaal in gute Laune zu versetzen“, werden vor dem Hintergrund der künftig zu erwartenden Prozesse gegen die politischen Täter varnischlicht, erscheinen harmlos gegen das Verbrechen der „extremistischen Ideologie“. So wird denn hier schon die Prozessstrategie für die Zukunft eingeübt und vorgeführt. Lobend erwähnt die SZ das „Zusammenspiel von Vorurteilen und Angeklagten“, das nach dem Reiz-Reaktions-Schema perfekt abläuft: „Senatspräsident Franz Weber braucht aus den Akten nur Stichworte zu geben, und schon sprudelt es aus dem Angeklagten heraus“. Da handelt sich, wie die FRANKFURTER RUNDschau bemerkt, um ein „juristisches Schauspiel“, worin es nicht um Ermitteln von Schuld oder Unschuld des Angeklagten, überhaupt nicht mehr um Ermitteln geht, sondern darum, bereits Feststehendes in einem Rollenspiel in die Öffentlichkeit zu bringen. FRANKFURTER RUNDschau: Die Details werden durchgegangen „als bespreche ein netter Lehrer mit einem sympathischen Schüler ein längst bekanntes Stück!“

Das entspricht scheinbar in die fast allen Zeitungen zu beobachtende indikative Darstellung von Sachverhalten, die zunächst einmal nur Behauptungen oder Vermutungen sind. Das heißt: was ein wirklicher Prozess zu beweisen hätte, ist in der Darstellung der Presse in dem Augenblick, in dem es als Vermutung ausgesprochen wird, auch schon der Fall.

Konkret bedeutet das für die von Ruhland Belasteten eine faktische Vorverurteilung, für die die Medien das Placet der Bevölkerung nicht nur einholen, sondern allererst produzieren, eine Verurteilung, die selbst durch eine etwaige offizielle Rehabilitierung der Belasteten in der sogenannten öffentlichen Meinung nicht revidierbar ist.

Ziel der gesamten Berichterstattung über den Prozess ist es also: das, was der Schauprozess will, publizistisch weiterzuvermitteln und so Pogromstimmung zu erzeugen. Die Presse wird damit faktisch zum verlängerten Arm der Exekutive, sorgt für das Bewusstsein der Notwendigkeit administrativer und juristischer Maßnahmen gegen bestimmte, austauschbare Zielgruppen. Diese Tendenz kommt exemplarisch im Ausdruck in der Schlusszeile eines HAMBURGER ABENDBLATT-Kommentars: „Aber sie alle (d.h. die Zeugen und ‚Hintermänner‘, d.Verf.) sind noch auf freiem Fuß.“

Werkschutz mordet



Der sarg Pierre Overneys

Overneys Tod

Freitag, 25. februar, 15 uhr: Vor dem haupttor der Renault-werke im pariser vorort Boulogne-Billancourt verteilt eine gruppe maoistischer militanter flugblätter. "Zu 15 verteilten wir flugblätter am tor; keiner von uns hatte irgendeine waffe bei sich. Es waren weniger leute da vom werkschutz, als gewöhnlich: 5 waren es und 2 inspektoren in zivil. wir drangen einen meter auf das werksgelände vor, da begann das gerangel. 10 genossen kamen uns zu hilfe; sie griffen nach dem, was ihnen gerade unter die finger kam. Und da hat ein kerl in zivil kaltblütig geschossen! Keiner bedrohte ihn; ich habe es gesehen; während ich fotografierte."

Ein arbeiter, Pierre Overney ist tod. Sein mörder: Tramoni, einer der chefs der privaten werkepolizei, deren ein-satzkommandos überall dort eingreifen, wo arbeiter widerstandsaktionen organisieren.

France-Inter (staatlicher rundfunk) am nachmittag des 25.2.: 80 mit eisenstangen bewaffnete linksradikale haben heute nachmittag die Renault-Werke in Boulogne-Billancourt angegriffen. Dabei wurde ein student von einem angehörigen des werkschutzes erschossen, der sich gegen die angreifer zur wehr setzte.

Ein CGT-funktionär (CGT ist die kommunistische gewerkschaft) auf die frage von arbeitsern der werksabteilung 49, was denn am haupttor geschehen sei: "Die Maos haben gerade einen arbeiter erschossen."

„Faschistische Handlanger“

Für die KPF und die CGT ist alles einfach: mörder und ermordete sind kom-plizen. Die linksradikalen sind "faschistische handlanger mit maoistischem etikett, speziell engagiert von der Renault-direktion". Jedes mittel ist recht, um das gespenst des Mai 68 zu verscheuchen und die arbeiter davor zu bewahren, sich erneut "provokieren" zu lassen. Dies geht selbst der Sozialistischen Partei Mitterands zu weit, die sich von diesem "amalgam" (der gleichsetzung von opfer und mörder) distanziert. Doch in Boulogne-Billancourt haben KPF und CGT erfolg. Lediglich einige 100 der 35 000 Renault-arbeiter folgten am montag, dem 26.2. dem aufruf der CFDT (ehemals christ-

liche gewerkschaft, jetzt stark links-katholisch und sozialistisch) zu einem Proteststreik.

Ordnungshüter und KP-chef Georges Marchais zur ermordung von Pierre Overney:

"Welch ein Glücksfall für die machthaber! Welch ungeheuerliches verbrechen der linksradikalen gruppen, die losgezogen sind, um die arbeiter von Renault an den fabriktoren zu provozieren! Ich frage: Will man wieder so anfangen wie (im Pariser Mai) 1968? Ich antworte: Nein, das darf sich nicht wiederholen!"

Von „Stalingrad“ zum Père Lachaise

Repression der machthaber und diffamierung seitens der KPF und CGT bewirken die erste gemeinsame aktion fast aller gruppen (nur eine fehlte) der radikalen linken seit langem. 30 000 folgten dem aufruf der PSU (links-sozialistisch-marxistische Vereinigte Sozialistische Partei), der trotzkisten, maoisten und anarchisten und ziehen am montag abend von der metro-station Charonne zum Place de Stalingrad. Die kommunistische zeitung Humanité sieht darin lediglich "eine geschmacklose demonstration gegen KPD und CGT". Einige wenige transparente, auf denen das zusammenspiel von KPF und machthabern denunziert wird, genügen, um die

demonstration insgesamt als "antikom-munistisch" abzustempeln.

Samstag, 4. februar: 120 000 menschen (laut Le Monde) folgen dem sarg Pierre Overneys durch die strassen von Paris zum friedhof Père Lachaise. Zum 1. mal seit dem Pariser Mai 1968 gelang es der radikalen linken - ohne KPF und CGT! - mehr als 100 000 menschen zu mobilisieren. Die Sozialistische Partei und die CFDT hatten vertreter entsandt. KPF und CGT schickten reporter; sie zählten 25 000 demonstranten. Der bericht der polizeipräfektur von Paris meldete 18 000.

Politique Hebdo (zeitung einer kleinen linksradikalen gruppe) analysierte die ursachen dieses misserfolgs bei den Renault-arbeitern: Zwei faktoren haben sich hier ausgewirkt: die angst und ein gewisser überdruß gegenüber den linksradikalen.

Am montag lähmte die angst die arbeiter von Billancourt. Angst vor den entlas-

einen Arbeiter

sungen, die im sommer von der direktien eingeleitet worden waren. angst aber vor allem davor, entlassen zu werden und dabei isoliert zu sein angesichts einer indifferenten oder feindlichen öffentlichen meinung, die durch eine verlogene pressekampagne manipuliert wird, und die auf sie selbst nicht ohne eindruck bleibt.

Die meisten haben den genauen ablauf der ereignisse erst erfahren, als sie wieder am arbeitsplatz waren. alle glaubten an die version von dem studenten aus der bourgeoisie, der nach Billancourt gekommen war, um arbeiter zu spielen und revolutions-ktionen zu erteilen. Erst ganz allmählich können die falschen vorstellungen ausgeräumt werden.

Aber die angst ist in wichtigen situationen kein hindernis für die klassensolidarität. Am montag aber hat sich diese solidarität nicht gezeigt. Und das ist die wichtigste tatsache. Denn viele arbeiter sind der linkeradikalen ziemlich überdrüssig. Ihre verbale gewaltsamkeit, ihre "populistische" sprache und ihre aktionsmethoden werden nicht immer verstanden...

Pierre war arbeiter. aber er war auch linkeradikaler. Zu allererst linkeradikaler. Und die arbeiter, selbst wenn sie sich betroffen fühlten, haben sich nicht in bewegung gesetzt. Was ist das trauerspiel. Was ist schwerwiegend. Und daraus müssen die militanten gewisse konsequenzen ziehen, was ihre aktionsmethoden betrifft.

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links“ ist illusionslos, undogmatisch eine zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20
Bezugspreis: jährlich, DM 15.—
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummern anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Ein Boß wird entführt

Mittwoch, 8. märz, 7 uhr 45: Robert Nogrette verlässt seine wohnung in der rue de Sévres in Boulogne-Billancourt. Nogrette ist stellvertretender leiter der abteilung Relations Sociales bei Renault-Billancourt und in dieser eigenschaft zuständig für einstellung und entlassung von arbeitsern des werks. Seit 40 jahren bei Renault, hat er sich vom arbeiter zum mitglied der werksleitung hochgedient. ein repressionsstechnokrat.

An diesem morgen erscheint Nogrette nicht im werk, wenige augenblicke nach verlassen seiner wohnung wird er von der gruppe "Pierre Overney" der Nouvelle Résistance Populaire (NRP: Neue widerstandsfreie des Volkes) arritiert und in einen lieferwagen entführt. Die NRP versteht sich als "militärischer arm" der verbotenen maoistischen organisation Gauche Prolétarienne (Proletarische Linke; und ist seit 1970 im untergrund aktiv.

Welche analyse liegt dieser aktion der NRP? In dieser hinsicht ist schon der name der organisation bezeichnend; denn er suggeriert, dass die augenblickliche situation in Frankreich vergleichbar sei mit der während der besetzung des landes durch den Hitlerfaschismus. Gegenüber der "protestbewegung, die sich massenhaft in den fabriken ausbreitet, und die entstehung von massenbewegungen in allen anderen schichten des volkes bewirkt, besteht die gefahr, dass sich im lager des feindes der neue faschismus rasch durchsetzt und uneingeschränkt triumphiert". Diese gefahr müsse durch exemplarische aktionen bekämpft werden, solche die aufzeigen, dass repression und terror gebrochen werden können; aber! "...wir führen unsere aktionen nur durch, wenn uns die massen dazu auffordern", wir handeln nur "nach einem expliziten oder impliziten urteil der massen". Die legitimierung zu der entführungsaktion begründet die NRP dann so: "Wir sind uns bewusst, den willen des volkes zu repräsentieren, der durch die gewaltige demonstration des volkes von Paris am letzten samstag zum ausdruck kam."

Drei forderungen stellt die NRP der Renault-direktion:

1. Die Renault-direktion zieht alle klagen zurück, die sie nach der ermordung Pierre Overneys gegen eine reihe von arbeitsern und flugblattverteilern eingereicht hat.

2. Die Renault-direktion stellt alle nach der ermordung Pierre Overneys entlassenen arbeiter wieder ein.

3. Die Renault-direktion ermöglicht, dass auf dem werksgelände eine arbeitserversammlung unter folgenden bedingungen stattfinden kann: a) im versammlungsraum ist kein angehöriger der werksleitung anwesend; b) während der versammlung sieht die polizei sich aus der umgebung des werksgeländes zurück.

Findet die versammlung unter diesen bedingungen statt, so erklärt sich die NRP bereit, deren entscheidungen zu respektieren. Und drohen heisst es am schluss des ersten von der NRP veröffentlichten kommuniqués: "Wir haben kein mitleid mit faschisten, die kaltblütig einen 23jährigen arbeiter ermorden."

48 stunden später lässt die NRP Nogrette wieder frei. Keine der forderungen wurde erfüllt.

Die reaktion der arbeiter von Renault-Billancourt auf die entführung festzustellen, ist äusserst schwierig. Dass sich angesichts der repressionen kein arbeiter vor den fernsehkameras für die entführung aussprach, versteht sich von selbst. auf der Place nationale von Boulogne, wo die journalisten von fernsehen, rundfunk und zeitung ihr hauptquartier aufgeschlagen hatten, wimmelte

Reaktion der Arbeiter

es von polizei und werkschutz in uniform und zivil. In den interviews, die dort gemacht wurden, sprachen sich die leute zu 100 prozent gegen die "praktiken der NRP" aus.

Ein repräsentatives meinungsbild vermittelt dagegen interviews, die zwei reporter von Radio Monte Carlo unauffällig (d.h. ohne "interessierte" zuhörer) an verschiedenen orten in Boulogne-Billancourt aufgenommen haben:

(Fortsetzung nächste seite!)



Pierre Overney kurz vor der ermordung

Ein Boß...

Donnerstag, 12 uhr, Place Nationale; ein arbeiter: "Die entführung? Ich finde, das ist eine schmutzige geschichte. Man kann doch nicht soweit gehen, da, wo man lebt, auf die leute einzuhauen oder sogar zu kidnapen. Das führt zu nichts."

14 uhr 30, am tor der werkabteilung 38; schichtwechsel:

- "Ich bin mit dem mittel, das angewendet wurde, nicht einverstanden. Aber manchmal wendet man die mittel an, die sich aus der situation heraus ergeben, aus einer situation der gewalt, und hier insbesondere: der tod des jungen. Aber das ist kein grund, das, was getan wurde, systematisch zu verurteilen. Ganz und gar nicht."

- "Es gibt leute, die sind dafür, und solche, die dagegen sind. Sicher, sie sind dagegen, weil es etwas gewaltsames ist; das macht immer angst. Die dafür sind? Die sagen das schon, aber ziemlich zurückhaltend."

- "Die entführung? Mich stört sie nicht. Ich bin dafür!"

- "In meiner abteilung haben sie sich gefreut. Das hat dem fieser typ gut getan."

Freitagmorgen, Place du Marché; ein ausländischer arbeiter: "Wir waren einverstanden, sehr einverstanden mit der entführung. Als wir davon erfuhren, sagten wir uns: hoffentlich halten sie durch! Sie hätten ihn länger behalten müssen. Alle ausländischen arbeiter bei Renault waren dafür." Reporter: "Warum haben sie das nicht gesagt, nicht gezeigt?" - "Na ja, man kann streiken. Was geld, wir brauchen es. Deswegen."

Eine frau, vielleicht 50 jahre alt: "Ich weiss nicht, ob ich dafür bin. Aber gleichzeitig empfinde ich kein mitleid mit ihm. Sie haben keins mit uns. Also, warum sollen wir welches haben? Da, wo ich arbeite, ist es genauso. Unser personalchef, der ist krank. Na ja, und wenn er einen unfall hätte, dann würde und das ziemlich freuen. Das ist böse, nicht wahr? Aber das ist so. Ich würde es nicht tun, aber ich verstehe sie gut."

Reaktion der Linken

Die reaktion der gruppen der radikalen linken reicht von reservierter zustimmung bis zu entschiedener ablehnung. Trotzdem: der einigungsprozess, der seit der ermordung Overneys in gang gesetzt wurde, wird dadurch nicht unterbrochen. Unbeschadet der unterschiedlichen einschätzung der aktion der NRP beschliessen die gruppen, die bereits zu den demonstationen der vorwoche aufgerufen hatten, gemeinsam eine informationskampagne durchzuführen "Über die hauptprobleme, mit denen die arbeiter bei Renault und mit ihnen die gesamtheit der arbeiter und der bevölkerung heute konfrontiert sind". Seit der ermordung Pierre Overneys und der entführung sogottes ist manches klarer geworden in Frankreich. Die Repression zeigt sich ungeschminkt und die gruppen der radikalen linken haben taktische meinungsverschiedenheiten zurückgestellt zugunsten der gesamten organisation des widerstandes. Denn in einem sind sich alle diese gruppen einig: die repression gegen die NRP trifft sie genauso.

Dieter Meyer

Valpreda: Die

Der anarchist Pistro Valpreda ist angeklagt, am 12. dezember 1969 eine bombe in einer mailänder bank zur explosion gebracht zu haben, bei der 16 menschen ums leben kamen. Aus Il Manifesto vom 30. februar 1972 bringen wir einen auszug aus einem bericht von Marina Valcarengi über die methoden der faschisten, durch bombenlegen anarchistische genossen in den knast zu bringen und die zeugen ihrer morde mundtot zu machen.

16 uhr 37 - MILANO. Bombenanschlag auf die landwirtschaftliche Nationalbank am piazza Fontana: 16 tote, 90 verletzte.

16 uhr 45 - ROM. Bombenexplosion im keller der Nationalbank am S. Basilio: 14 verletzte.

17 uhr 16 - ROM. Bombenexplosion am Denkmal des Unbekannten Soldaten.

17 uhr 24 - ROM. Explosion am Denkmal des Unbekannten Soldaten: 3 verletzte.

16 uhr 30 - CIRCA.- MILANO. Zentrale der Commerzbank am Scala-platz. Ein angestellter findet in einer schwarzen tasche eine metallkassette, format 25 mal 15 cm. Nachdem sich mehrere leute die kassette angesehen hatten, wurde sie als eine nicht-explodierte bombe erkannt. Um 21 uhr 12 wurde die bombe von militär im hof der bank gesprengt; damit war die einsige konkrete spur zu den bombenlegern verwischt worden.

Unmittelbar nach den bombenanschlägen treten polizei und carabinieri in aktion. Müssen die täter erst gefunden werden, oder haben wir sie schon? Das war es, was der kommissar Calabresi gegenüber der zeitung Stampa kassierte. "In diese richtung müssen sich unsere bemühungen bewegen: extremismus und zwar linksextremismus. warum sollten die rechten bomben am Denkmal des Unbekannten Soldaten legen? Die faschisten machen sowas nicht." (L'Unità vom 13.12.69) In einer erklärung vom 13. 12.69 teilt die polizei mit, dass sich ihre untersuchungen gegen alle richtungen würden, die fähig sind, solche aktionen in die tat umzusetzen. Die nächsten stunden würden beweisen, dass leute, die fähig sind, solche aktionen zu machen, nur links stehen können. Bereits am 13.12. weiss die polizei, dass die spur, die zu den anarchist führt, die richtige spur ist. Eine ganze woche

lang ist in Italien die ausserparlamentarische opposition grossangelegten razzia betroffen.

was sind die resultate? Valpreda, Merlini, Mander, Borghese, Garganelli, Bagnoli und Di Cola sind angeklagt worden.

**PIZZERIA
TERZO MONDO**
montags zu ab 18 uhr
Kantstr. 134a Tel 315338

den. Alle gehören der anarchistischen gruppe "22. März" von Rom an. Alle sieben zwischen dem 12. und 15. dezember (1969) festgenommenen sitzen immer noch in haft.

Man versucht ständig in der gleichen richtung neue leute zu finden, aber das "spiel" ist schon gelaufen: die täter befinden sich bereits im netz. Die bevölkerung werden durch die presse, das radio und das fernsehen beruhigt, die weiterhin die moralische hinrichtung der sieben anarchist betreiben, die mit ihren taten eine der übelsten seiten der geschichte geschrieben haben.

Wie ist die italienische justiz an die namen von Valpreda und genossen gelangt? Wenn man sich die offiziellen berichte der polizei ansieht, müsste die "anarchistische ballerina" (Valpreda ist von beruf tänzer; d.red.) durch den taxifahrer Rolandi, der sich am 15. dezember freiwillig als augenzeuge zur verfügung stellte, arg in die klemme kommen. Die anderen in Rom

„Die Kommunisten lieben leidenschaftlich ihr Land.“
(Waldeck Rochet, 10. Juni 1968)



— JE VOUS TROUVE SINGULIÈREMENT COMPLAISANT AVEC CES FAUTEURS DE TROUBLES ET CES PROVOCATEURS!

KPF-Mitglied: „Ich finde Sie „einstufig entgegenkommend“ beim Umgang mit diesen Aufwieglern und Provokateuren.“



Los teneurs en grève:
la viande fraîche
risque de faire défaut

Die Schlächter im Streik:
das Frischfleisch läuft Gefahr zu verfallen.

Bomben der Faschisten

sind durch das geständnis von Mario Merlino, faschistischer provokatour innerhalb der gruppe "22. März" und spitzel der politischen polizei, "fest-genagelt" worden. Also Cornelio Rolandi ist sicher, das ungeheuer von Mailand zum tatort gefahren zu haben. Er stellte sich am 15. dezember freiwillig bei den carabinieri als augenzeuge zur verfügung und bestätigte, am 12. dezember, 16 uhr einen herrn um die 40 von Beccaria-platz in richtung Albrici gefahren zu haben. Vor der bank angekommen, bittet der fahrgast den fahrer, zu halten und ein paar minuten zu warten, geht in die bank hinein, und als er wieder herauskommt, hat er seine schwarze tasche nicht mehr bei sich. So in wenigen worten.

In einem interview mit der Domenica del Corriere am 30. dezember gab Rolandi eine andere version zum besten: "Mein kunde war wenige minuten aus dem taxi ausgestiegen, als die bombe explodierte. Darauf hin bin ich schnell zurückgefahren, liesse das taxi auf der strasse stehen und machte mich auf die suche nach einem polizisten. Der schrieb meinen namen und die nummer meines wagens auf und darauf hin bin ich wenige tage später auf das polizeipräsidium gerufen worden." Auch der Corriere della Sera vom 17. dezember schrieb, dass die polizei bereits am 12. dezember mit Rolandi kontakt aufgenommen hatte.

Wichtig zu bemerken ist, dass im fahrtbuch von Rolandi das datum des 11. dezember geändert worden ist: für den 11. wurde der 12. dezember eingesetzt! Ausserdem wurden an diesem vom 11. zum 12. dezember korrigierten tag keine weitere fahrten, als die mit dem angeblichen bombenleger eingetragen.

Im übrigen war die belohnung von 50 mil-lionen lire bereits am 14. dezember im Giorno publiziert worden (die offizielle nachricht kam erst 48 stunden später).

Und die polizei fand nichts seltsames dabei, wenn ein fahrgast 100 meter vor einer bank ein taxi bestellt, um sich 100 meter hinter die bank fahren zu lassen, wo er diese strecke gut zu fuss

hätte gehen können. Ohne die absurdität dieser ersähung zu bemerken, nimmt die polizei gleich an, dass dieser seltsame reisende das ungeheuer ist.

Das einzige problem ist nur noch, das ungeheuer wiederzuerkennen. Der taxi-fahrer wurde am 16. dezember nach Rom geflogen, wohin Valpreda genau einen tag vorher hingefahren worden war. Bis dahin hatte Rolandi kein foto von den sieben verhafteten erkannt. Man fragt sich nun, warum ausgerechnet Valpreda zur erkennung nach Rom gebracht wird und nicht irgendein anderer. Die staats-anwaltschaft stellt sich diese frage nicht. Es ist für sie irrelevant, da der polizeipräsident von Mailand dem Rolandi einen abend zuvor ein bild von Valpreda gezeigt hatte - und nur ein bild von Valpreda. Gegenüber Calvi, dem verteidiger von Valpreda, äusserte sich der taxifahrer hierzu so: "Ah ja! In Mailand hatte man mir ein bild gezeigt und mir gesagt, das sei der mann, den ich erkennen müsse." So vorbereitet rief Rolandi wenige stunden später: "Das ist er!", als er mit seinem finger auf Valpreda deutete, der zwischen vier polizisten sass.

Die toten Zeugen

Seit den zwei jahren, die nach den bombenanschlägen vergangen sind, sind bis heute sieben menschen augenzeugen für den prozess, ums leben gekommen, sechs davon durch einen unnatürlichen tod.

GIUSEPPE PINELLI, angestellter der eisenbahn in Mailand, 41 jahre, anarch. Drei stunden nach dem bombenanschlag in Mailand verhaftet, wird über den legalen hafttermin hinaus festgehalten, begeht in der nacht vom 15. dezember, wenige minuten vor mitternacht im büro des kommissars Calabresi "selbstmord". (Es wird behauptet, er sei aus dem fenster gesprungen; d.red.)

ARMANDO CALZOLARI, alias Dino, 43 jahre, ehemaliger obrist in der italienischen marine, rechte hand von Valerio Borghese

(berühmtester faschist; d.red.), wirtschaftsakurator der nationalen front, ein-rechteextremistische organisation, be-ziehungen zu anderen rechteextremistis-chen organisationen, insbesondere zu solchen in USA. Seit einem spaziergang mit seinem hund am 25. dezember 1969 wurde er vermisst. Noch bevor seine lei-che gefunden wurde, äusserte der faschist und v-mann Lei gegenüber der polizei, dass er nicht so enden möchte wie Calzolari. Er erzählte von sitzungen rechteextremer gruppen, vor allem von denen der Natio-nalen front seit november 1969. Bei einer dieser sitzungen soll Calzolari einmal aufgesprungen sein und geschrien haben: "Ihr seid alle mörder!"

ANNELISE BORTHE, auch Muki genannt, 18 jahre, ANGELO CASILE, 20, GIOVANNI ARIGO, 20, alle drei anarchisten, kamen bei einem autounfall ums leben. Die beiden ita-lienischen genossen waren augenzeugen für den Valpreda-prozess. Zu bemerken ist, dass der vater von einem dieser jungen einen tag vor dem unfall von einem be-freundeten polizisten angerufen wurde und dieser ihm mitteilte, er solle seinen sohn an diesem tag nicht wegfahren lassen.

CORNELIO ROLANDI, 49 jahre, mailänder taxifahrer, wichtigster zeuge der staats-anwaltschaft, starb am 16. juli 1971 eines "natürlichen" todes: in der badewanne.

VITTORIO AMBROSINI, 70 jahre, anwalt, vertraut mit verschiedenen rechten gruppen innerhalb und ausserhalb des parlaments. Am 14. dezember 1969 flog er zwei stunden vor seiner entlassung aus dem fenster einer klinik. Achille Stuni, ein freund von ihm und ehemali-ger abgeordneter der KPI, sagte in einem interview: Der anwalt Ambrosini äusserte einmal gegenüber einem freund, dass er an verschiedenen sitzungen der rechteextremen gruppe Ordine Nuovo bzw. Nuovo Ordine teilgenommen habe und dass seiner meinung nach die täter in diesem kreis zu suchen seien.

Meinungen zum Fall Feltrinelli

Fritz J. Raddatz (Spiegel 14/72):

Man kann das aber auch anders er-zählen: Wer nämlich den angeschos-senen, mittellosen Dutschke aufnahm, ihm Obdach gab, Ärzte besorgte - das war eben Feltrinelli. Und in wessen Gardasee-Besitz zwar die Telefonan-rufe ankamen, wer aber den witternd-gierigen Run auf Cohn-Bendits Buch nicht mitmachte - das war auch Feltrinelli: "Ich verleihe keine anarchis-tischen Bücher, ich bin kein Anarchist", sagte er zu mir. Ein Zeugnis, dessen man sich heute erinnern sollte.

Es kann und soll hier nicht beschwo-ren werden, wie Feltrinelli starb. Der Aufstand der italienischen Presse ist Beweis der politischen Relevanz des "Falles" für die italienische Innenpoli-tik. Sogar die konservative "Sunday Times" schreibt: "War Feltrinelli viel-leicht tot, bevor sein Körper explo-dierte? Wie konnten mehrere Nitro-glycerinstäbe an seinem Körper explo-dieren, ohne die anderen Stäbe an dem Hochspannungsmaass zur Explosion zu bringen? Was gefragt werden muß, ist: Wer hat den Nutzen der Affäre Feltrinelli? Die Antwort ist: mit Sicherheit nicht die Linke oder auch nur die ge-mäßigten Parteien."

Es bleiben zahllose Unklarheiten:

Wieso wird dem "Einzeläter" beim un-geschickten Hantieren mit Dynamit der Unterleib abgerissen; wieso fand sich drei Tage nicht die Brille des extrem Kurzichtigen; wieso fanden sich Chlo-roformspuren im Urin; wieso stellte aber die Magenanalyse fest: "nichts ge-essen seit einem Tag"; wieso sind nie die Schlüssel zu dem Wagen, der am "Tatort" stand, gefunden worden? Schwerste Bedenkllichkeit, für den Laien nahezu alibihaft: Feltrinelli war am nächsten Mittag mit seiner dritten Frau Inge, ihrem zehnjährigen Sohn Carlo und zwei Notaren zu einem - heim-lichen - Treffen in der Schweiz verab-redet. Ich habe den handschriftlichen Brief, mit dem dieses Rendezvous vereinbart wurde, gesehen, er trägt das Da-tum des 6. März 1972.

Régis Debray, der Feltrinelli-Autor, der vielleicht den größten politischen Ein-fluß auf ihn hatte (seit der Ausweisung aus Bolivien 1967 im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Debray hatte sich Feltrinelli evident "radikalisiert"), schreibt also "il Giorno":

Die Nachricht seines Todes hat mich verstört, aber leider in keiner Weise über-rascht. Feltrinelli wurde zum Opfer des wieder entstehenden Faschismus, der heute uns alle bedroht. Aber, was immer die Verantwortlichkeit der fascistischen Gruppen oder einzelner geheimnisvoller In-dividuen sein könnte, meiner Meinung nach steht hinter dem Mord an Feltrinelli: die CIA.

Unverdächtigster als Zeuge der Nicht-Anklage ist der Stuttgarter Rechtsan-walt Ferdinand Sieger, Deutschlands führender Urheber- und Verlagsrecht-Spezialist, der in einem Brief an die "Stuttgarter Zeitung" als Reaktion auf deren Berichterstattung schrieb:

Anfang März 1972 schon war von den Versuchen rechteextremistischer italie-nischer Kreise die Rede, mit der Abwehr angeblich geplanter Gewalttätigkeiten des Linkeextremisten Feltrinelli eigene Ak-tivitäten zu rechtfertigen. Meine Kennt-nis von der Persönlichkeit Feltrinellis, seinen Charaktereigenschaften und sei-ner Biographie macht mir die angeblich den Selbstmord verursachende Bomben-legeri an Elektrizitätsmasten unwahr-scheinlich. Die Zeitphase, in der Giangia-como spektakulär den Aufstand gegen seine eigene Herkunft bezeugen mußte, war eigentlich abgelaufen. Auch er befand sich in einer Konsolidierungsphase gegenüber seiner Familie, seinem Verlag und gegenüber seinem Verstandes für politische Realitäten.

An irgendeine Beteiligung Feltrinellis an dem Mailänder Bombenattentat vom 12. Dezember 1969, das Pietro Valpreda - mich bisher ebenfalls noch nicht über-zeugend - zur Last gelegt wird, glaube ich nicht. Ebenso wenig an seinen Zusam-menhang mit dem Hamburger Attentat vom April 1971 auf den bolivianischen Ge-neralkonso Roberto Quintanilla Pereira.

Giangiacomo Feltrinelli war ein typisch europäischer Linksmittelstufenteller. Ich brauche nicht einmal die Kretschmarsche Typenlehre zu bemühen, um ihn weit ent-femt zu wissen von den Verdächtigungen eigenhändige Geschehnisse, deren Opfer früher Mailänder Mitbürger gewesen sein sollten, denen er unablässig Gutes zu tun sich bemühte, deren Opfer er jetzt selbst geworden sein soll.



Feltrinelli in Berlin am 1. Mai 1968

WOLFGANG HÄRICH (Spiegel 14/72):

Nach allem, was ich, auch aus gegen-er-schen Quellen, über Feltrinelli weiß, war er zu gütig, um irgendwelcher Brutalität fähig zu sein, und viel zu geschickt, um sich einzubilden, die Revo-lution könne durch einen momentanen Defekt bei der Stromzufuhr gefördert werden. Daß er versucht haben sollte, einen Hochspannungsmaass in die Luft zu sprengen, ist für mich unvorstellbar. Dagegen kann ich mir in Anbetracht der gegenwärtigen Kritikkonstellation in Italien sehr lebhaft vorstellen, daß die amerikanische Globalstrategie tieferhaft darauf hinarbeitet, richtiger in diesem Land "law and order" auch griechischem Muster zu etablieren, wie gehabt, und zu den Zwecken ihre findesten Provokateure aufbe-zuhlen hat. Ich bin daher nicht nur, wie alle unreflexfähigen Beobachter, überzeugt, daß Feltrinelli ermordet worden ist, sondern vermute darüber hinaus mit Régis Debray, daß die Mörder im Dienste der CIA stehen.

Knast-Anschriften

Herbert Goerke, Dieter Zielke, Gerhard Zawiesewski: 1 BERLIN 27, seidelstr. 39

Hans-Jürgen Donth: 1 BERLIN 13, heckerdamm 16

Ingrid Schubert, Horst Mahler, Hilmar Budde, Dieter Kunzelmann, Alfred Mühlhölzer, Hans Kallup, Klaus Hoppstädter, Monika Berberich, Brigitte Asdonk: 1 BERLIN 21, alt moabit 12a

Irene Goergens: 1 BERLIN 12, kantstr. 79

Karl-Heinz Kuhn, Roland Otto, Peter Schult, Klaus-Dieter Hubert, Alois Aschenbrenner: 8 MÜNCHEN 90, stadelheimer str. 12

Margit Gaier-Csenki: 8 MÜNCHEN 90, am neudeck 10

Gerhard Titz: 8851 NIEDERSCHÖNFELD, jugendstrafanstalt

Fritz Teufel, Rolf Maurer: 891 LANDSBERG, hindenburgring 12

Rolf Heipler: 89 AUGSBURG, karmeliten-gasse 12

Edgar Wolk: 8214 BERNAU, postfach 23/5509

Heine Schoof, Rolf Pohl: 844 STRAUBING, äussere passauer str. 90

Eric Grusdat, Karl Kaiser: 54 KOBLENZ, sinnerstr. 14a

Hans-Jürgen Bäcker, Astrid Proll: 5 KÖLN 30, rothstr. 350

Heinrich Jansen, Manfred Schott: 4 DÜSSELDORF, ulmenstr. 95

Marianne Herzog: 4151 WILlich/ANRATH, gartenstr. 2

Richard Freindl, Edmund Bach: 8602 EBRACH, jugendstrafanstalt

Werner Hoppe, Margrit Schiller, Wolfgang Grundmann, Manfred Grashof: 2 HAMBURG 36, holsteinglacis 3-5, u-haft

René Menges: 2 HAMBURG 63, am hasenberge 26

Carmen Roll: 8890 AICHACH, schlossplatz 7

Larry Jackson: 666 ZWEIFRÜCKE, joachim-schwebel-str. 33

Till Meyer: 48 BIELEFELD, postfach 220

Karsten Wehmer, Reinhard Mück, Ilse Bongartz, Harry Eisermann, Klaus Neumann, Hartmut Sender, Bernd Morosow: 32 HILDESHEIM, Landger. 3, Strafkammer

Rüdi Bunkowski: 334 WOLKENBÜTTEL, am ziegenmarkt 10

Sozialistisches Patienten-Kollektiv (SPK)-Heidelberg:

Dalia Michel: 707 SCHWÄBISCH GEMÜND, herlikofer str. 19

Werner Schork: 68 MANNHEIM, herzogriedstr. 111

Susanne Herminghaus: 69 HEIDELBERG, fauler pelz 1

Wolfgang Huber: 755, hildastrasse 17

Ursel Huber: 758 BÜHL am rhein, hauptstr. 94

Eckehard Blenk: 695 MOSBACH, hauptstr. 110

Post an die inhaftierten genossen vom SPK Heidelberg am besten direkt über:

Staatsanwaltschaft, 75 KARLSRUHE, z. Hd. UStA. Frank

Freiheit für alle Gefangenen!



Am Montag, den 24. April, 14 Uhr beginnt in Audimax der FU der dreitägige

Kongress über die politische Unterdrückung

Am 1. Mai 7 Veranstaltungen in Berlin!

Der DGB feiert im Saal, im Sportpalast. Die Gewerkschaftsjugend und andere Gruppen wollen dem DGB einen Besuch abstatten...

Die SEW und ihr "Gewerkschaftliches Mai-Komitee" starten ihre Prozession um 10 Uhr vom Karl-Marx-Platz.

Die KPD (vormals Ohne Arbeiter) sieht ihren Ritus von der Turmstrasse aus ab, Abmarsch 10 Uhr.

Die KPD/ML ("Neue Heimat") startet ihren Arbeiter-Triumphzug um 11 Uhr am Leopold-Platz.

Die autonomen Kreuzberger Basisgruppen werden auf dem Mariannen-Platz einen Mai-Rummel veranstalten. Die pompöseste Mai-Veranstaltung wird in Ostberlin abgesogen. Aber die bleibt und erspart...

Kleinanzeigen

Wir suchen einen kleinen langhaarigen Hund zum Decken, unsexfast yorkshire terriers. Dringend, da nur wenige Tage Zeit! 2615134 bis 24 Uhr.

Zimmer in wohngemeinschaft (6 Typen) frei! Ab 1. Mai! Miete 170,-DM, Bad, Zentralheizung, Tel., Möbel. Manfred 388 53 64

Suche ganz dringend Wohnung, auch Wohnge. Habe 3jähr. Sohn. Bis 200,-DM. Sabine Berg 852 73 92 / 304 55 70.

Transporte/Umzüge mit VW-Bus lt., 8 DM die Std. Zu erreichbar. zw. 18 u. 19 Uhr oder Postkarte: Carsten Wilkens, B. 19, Seelingstr. 48, co. Palmowski, Part. 1.

Suche billige gebr. Schreibm. zu kaufen: Walter Frey 390 63 56, Werkst. 8 - 17 Uhr.

2 C V, Tür bis 3.73, mit Ersatz, mehrf. Bereif., ev. Garage. Verh.basis: 650,- Wilhelm Becker B. 45, Mantenteufelstr. 7



Fiat 1500 L, Tür 3.73, neue Masch. mit 40 000 km, Anhängerkuppl., Zweikr.system, Liegesitze, Schiebed., 500,-DM. Jeden Sa. ab 15 Uhr: Köster, B. 36, Liegnitzer Str. 16.

Matratzen sucht 313 74 77

Suche 2 gebr., funktionst. Fahrräder. Müller 24 9885

Suche 2 fahrräder (noch funktionst.), biete 20,-DM. Rieger, B.10, Luisenpl.3

Wir suchen altes fahrrad: 784 77 86

CITROEN / Ami 6 abzuholen! Fahrbereit! Bei Detlef Orth, B. 61, Hasenheide 57

2 C V, Bj. 65, neue Kuppl., neuer Zylinder, kein Unterrost! Rostfrei! 861 99 45

VW-Käfer mit schiebed., link. Kotflg. und 1. Tür eingedrückt, sonst tadellos. Knötig 3686385

WEHRDIENSTVERWEIGERER!

Informationen über die Möglichkeit der wehrdienstverweigerung in Berlin: berliner EXTRA dienst vom 30. 3. 1972.



SAMISDAT in der UdSSR:

„Produktionsmittel in Arbeiterhand!“

Samisdat sind Untergrundschriften in der Sowjetunion, die vor allem von intellektuellen herausgegeben werden. Wir bringen hier einen ausszug aus dem „Leningrader Programm“, in dem die Autoren S. Sorin und N. Alexejeff stellung nehmen zur herrschaft der staatsbürokratie und der partei. Sie fordern, dass die produktionsmittel den arbeitern übereignet werden.

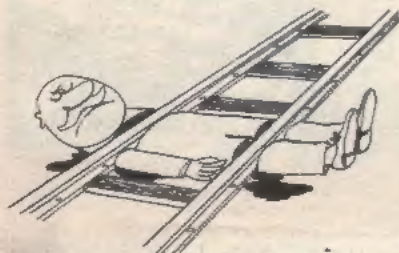
Es gibt nur einen weg, die regierenden bürokratie zu expropriieren, ohne dabei die klasse der bourgeoisie wiederzuerichten: man muss den monopolistisch-staatlichen sektor drastisch kürzen. Die meisten produktionsmittel, industriebetriebe, forschungsinstitute usw. müssen kollektiven von werktätigen oder breiteren produktionsgemeinschaften übereignet werden. Die verwaltung solcher vereinigungen muss wählbar sein, während das eigentumsrecht vollständig sein muss. Keine zwangsablieferungen, nur

auf unehlbarkeit und auch bei völlig demokratischer ordnung werden arbeitskonflikte zwischen dem staat und arbeitern und angestellten des staatlichen sektors, zwischen der leitung einer produktionsgenossenschaft und den arbeitern einzelnen betriebe nicht zu vermeiden sein.

Alles das ist keine utopie, weil jetzt, im zeitalter der zweiten industriellen revolution, gesellschaftliche beziehungen, die einem einheitlichen, zentralisierten monopolsystem eigen waren, mit der entwicklung von produktionskräften in konflikt geraten. Die wichtigste eigenschaft dieser revolution liegt darin, dass der anteil der menschen, die an der eigentlichen produktion teilnehmen, immer geringer wird... Der russische gehorsam gegen die obrigkeit und der russische langmut machten es möglich, dass sich die autokratie jahrhundertlang halten konnte, dass der stalinismus aufkam; aber die geschichte steht nicht still und russland ist heute nicht das, was es vor hundert, oder sogar noch vor zwanzig jahren gewesen ist. Weite bevölkerungsschichten beginnen zu verstehen, dass es ein nicht umkehrbarer prozess ist.

Es ist nur natürlich, dass die herrschende „nomenklatur“ sich weigert, den forderungen des lebens nachzugeben - niemand gibt freiwillig eine machtstellung auf.

Unter solchen umständen entsteht unausbleiblich eine gegen die bestehende ordnung gerichtete opposition ... in form einzelner spontaner streiks, offener briefe, apelle, die verfassung zu achten, die tödliche parteizensur in schrifttum und kunst aufzuheben; in form des massenhaften „samisdat“; in form offener protestauftritte einzelner helden gegen verhaftungen...



Mein Großvater, der gegen die Gewalt war, legte sich auf einer Eisenbahnschiene nieder...

vertragliche leistungen und steuern an die staatskasse. Das bedeutet nicht etwa produktionsanarchie, weil der demokratische staat über mächtige regelnde mechanismen verfügt, wie zb. die steuerpolitik, staatliche aufträge, kreditpolitik, und mit ihrer hilfe eine ausgewogene entwicklung der volkswirtschaft, vollbeschäftigung gewährleisten und die ausbeutung der einen kollektive durch andere kollektive verhindern kann.

Im lande muss eine mächtige und von partei und staat unabhängige gewerkschaft bestehen, und ein so geheiligtes recht der werktätigen, wie das streikrecht, muss wieder eingeführt werden. Denn niemand hat anspruch

Westberliner Buchladen Kollektive

KEINE PRIVATEN PROFITE

UNTERSTÜTZUNG DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES

Das Politische Buch
1 Berlin 15, Lützenburgerstr. 99
Tel. (030) 883 25 83

Buchladenkollektiv an der TU
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel. (030) 313 99 83

Das Kollektiv von Jürgens Buchladen eröffnet in der zweiten Aprilhälfte den neuen Laden



BASIS-VERLAG



internationale
marxistische
diskussion

„Base-Ouvriere“
Revolutionäre Betriebsarbeit
bei Renault-Flins DM 6,-
M. Salvadori/V. Rieser
Rätesystem und Marxismus
Zur Position von
„Il Manifesto“ DM 5,-
Toni Negri: Zyklus
und Krise bei Marx DM 6,-
„Il Manifesto“ - Thesen
zur Hochschulpolitik DM 5,-

Merve-Verlag
1 Berlin 15
Postfach 327



LENIN:

Der anarchismus ist ein produkt der verzweiflung. Die mentalität des aus dem glatte geworfenen intellektuellen oder des lumpenproletariats, aber nicht des proletariats.

WIR:

Der heutige „sozialismus“ ist ein produkt der verzweiflung. Die mentalität der aus dem glatte geworfenen funktionäre und bürokraten, aber nicht des proletariats.

(aus Zinow)

RAF-Sympathisanten

„Gewisse sympathien“ für die Baader-Meinhof-Genossen haben 25 Prozent der unter 30 Jahre alten Bundesbürger. 5 Prozent der Gesamtbevölkerung würden ihnen für einen Tag unterzuchtupf gewähren. Nach der grossen fahndungsaktion in norddeutschland 1971 waren es dort 10 Prozent. (Zitiert nach Allensbach im SPIEGEL 31/1971)

Impressum: Hg.: Red.koll. „BA“
im Soz. Zentrum, verantw. f.
diese Nr.: Franz Hucklebein

Mehr Informationen beim
BASIS-VERLAG 1 Berlin 15 Postfach 845

AGIT-72

